

## Fragen der Grünen an Bundespräsident Fischer am 11. April 2001 in der Orangerie in Schönbrunn

Werner Kogler:

So, meine Damen und Herren, alle die noch hinter der weißen Wand sind, die dürfen wir bitten, nach vorne zu kommen. Die, die schon herinnen sind, sind darauf aufmerksam gemacht, dass diese Veranstaltung auch über Lifescreen übertragen wird, als sich so zu benehmen, dass wir auf der ganzen Welt auffallen. Jetzt bleibt mir nur mehr die handelnden Personen zu begrüßen und insbesondere und vorweg, was jetzt schon grüne Tradition ist, die Gebärdendolmetscherinnen, die Frau Sabine Zeller und die Frau Hanna Zebitsch. Ja und was sonst auf Sie zukommt, ist im wesentlichen bekannt. Ich darf also begrüßen und auf die Bühne bitten den amtierenden Bundespräsidenten und Präsidentschaftskandidaten Dr Heinz Fischer, die Bundessprecherin der Grünen Dr Eva Glawischnig-Piesczek, die stellvertretende Bundessprecherin der Grünen Mag Maria Vassilakou und last but not least der grüne Landesrat Rudi Anschober.

Eva Glawischnig:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein herzliches Willkommen noch einmal. Herr Dr Fischer ganz herzlichen Dank, dass Sie sich heute unseren kritischen Fragen stellen. Ich möchte noch kurz erklären, wie die Fragen zustande gekommen sind, bevor wir ganz unmittelbar gleich in Media Res gehen. Wir haben versucht, möglichst viele Menschen mitreden zu lassen, also wir haben im Internet einen Aufruf gestartet und einige Fragen bekommen, auch sehr konkrete, sehr direkte Fragen. Wir haben natürlich aus der Grünen Partei ein paar Themen, die uns ganz besonders interessieren und bewegen. Und dann haben wir selbstverständlich heute noch im Saal versucht, im Vorfeld alles was noch die Menschen bewegt, mit hereinzunehmen, ein paar Kärtchen. Wir werden versuchen, möglichst alle Fragen zu beantworten, wenn noch etwas übrig bleibt, haben Sie sich bereit erklärt, dafür möchte ich mich auch nochmals recht herzlich bedanken, die auch im Nachhinein schriftlich zu beantworten. Also, es wird eine umfassende Mitsprache-, Mitrede-, Mitdiskussionsmöglichkeit geben und dafür im Vorhinein nochmals ganz ganz herzlichen Dank. Und damit geht es schon los, damit beginnen wir mit unserem kritischen Hearing, mit unseren Fragen zum Bundespräsidentenwahlkampf. Ich möchte beginnen mit einem Themenblock, der den Wahlkampf von Beginn an schon geprägt hat, nämlich die Frage der Abgrenzung zum Rechtsextremismus in Österreich. Die Kandidatur von Barbara Rosenkranz hat viele extrem besorgt. Sie haben das Gefühl gehabt, Österreich wird dadurch in ein rechtes Licht gerückt und ich möchte Sie zu Beginn gleich fragen: Was werden Sie ganz konkret tun, um insbesondere diese Tendenz, die es in Österreich gibt, auch in der Politik gibt, zu schwächen und gegen rechtsextreme Tendenzen vorzugehen, sich abzugrenzen und eine klare Trennlinie zu ziehen.

Bundespräsident Dr Fischer:

Also, erstens möchte ich mich für die Einladung bedanken. Ich habe nicht gezögert, sie anzunehmen. Im Gegenteil, ich habe das begrüßt. Zweitens, ein Hearing in einer Gesinnungsgemeinschaft heißt für mich nicht, sich dieser Gemeinschaft jetzt wirklich

opportunistisch anzupassen, sondern Antworten zu geben und den eigenen Standpunkt zu vertreten.

Drittens, was die Bundespräsidentenwahl betrifft, hat es bei mehreren Präsidentenwahlen auch Kandidaten gegeben, die sehr sehr weit rechts angesiedelt waren. Ich brauche Sie nicht aufzählen - auch bei der zweiten Kirschschräger-Wahl usw. Das, was ich konkret tun kann, ist die Grundsätze, die uns wichtig sind, und die Werte, die diesen rechten Positionen so diametral entgegengesetzt sind, mit aller Deutlichkeit und ohne Einschränkung zu vertreten. Das tue ich auch. Und ich muss sagen, es hat mich imponiert, wie breit die Front war, die sich eindeutig negativ, vielfach mit den Worten „nicht wählbar“ zu bestimmten Äußerungen der Kandidatin der FPÖ festgelegt haben, beginnend vom Kardinal bis in alle gesellschaftlichen Bereiche. Dieser Konsens gegen Rechtsextremismus, gegen Verharmlosungen und gegen Gedächtnisschwund ist etwas sehr wertvolles und den müssen wir uns erhalten und an dem müssen wir weiterarbeiten.

Eva Glawischnig:

Dann schließe ich an mit einer Frage, die ist aus dem Internet in diesem Zusammenhang auch sehr deutlich gestellt worden: Die Wahl von Martin Graf als Dritter Nationalratspräsident und dann die Initiative der Grünen, Abwahlmöglichkeiten zu schaffen, Änderung in der Geschäftsordnung. Da haben Sie gesagt: „Ich mische mich nicht ein.“ Eine konkrete Frage im Internet ist, warum Sie sich hier nicht klarer gegen Martin Graf nach seinen Äußerungen zu Muzicant geäußert haben, nach all diesen Hetzparolen, die wir von der FPÖ gehört haben und diese Entgleisungen, die, glaube ich viele zu Recht, auch zu Verurteilungen in der Politik auch angeführt haben. Die Frage ist, warum nicht klar gegen Martin Graf.

Bundespräsident Dr Fischer:

Ich bin klar gegen die Positionen, die Martin Graf einnimmt und gegen Veranstaltungen, an denen er teilnimmt. Aber das Thema Abwahl eines Mitgliedes des Präsidiums des Nationalrates ist wirklich ein heikles Thema. Man könnte mir zB Äußerungen aus den 90iger Jahren vorwerfen, wo ich gemeint habe, es ist gut, dass die Präsidenten des Nationalrates nicht abwählbar sind, weil sie dadurch nicht unter Druck gesetzt werden können. Umso mehr, als für ein Präsidium des Nationalrats auch kleine Parteien vertreten waren, jedenfalls nicht nur die beiden größten Parteien, die sich einer beachtlichen Mehrheit politisch gesehen gegenübersehen und daher muss man mit der Frage, in welcher Form und unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Mehrheiten man ein Mitglied des Nationalrats abwählt, verantwortungsvoll und vorsichtig umgehen. Das gilt ganz besonders für den Bundespräsidenten.

Eva Glawischnig:

Angenommen, morgen wäre eine Angelobung vorzunehmen. Es hätte Neuwahlen gegeben. Dies ist auch eine Frage aus dem Internet. Natürlich eine fiktive Frage, aber trotzdem eine sehr spannende Frage. Angenommen Heinz-Christian Strache hätte nach den Neuwahlen eine Mehrheit im Parlament – wie auch immer – und würde zur Angelobung vor Ihrer Türe stehen. Was würden Sie machen?

Bundespräsident Dr Fischer

So geschwind geht das nicht, ob er jetzt vor der Türe steht oder nicht. Ich habe eine solche Frage - sehr ähnlich - in diesen Tagen von den Salzburger Nachrichten gestellt bekommen und ich habe gesagt, und das habe ich auch vor den letzten Wahlen schon gesagt: Eine Regierungsbildung ist etwas sehr kompliziertes mit viel Verantwortung und es ist schwierig, die richtigen Entscheidungen zu treffen, wenn man weiß, wie die Wahlen ausgegangen sind, wenn man weiß, wie die Parteien sich zueinander positioniert haben, wenn man weiß, was sie vor der Wahl versprochen, angekündigt oder ausgeschlossen haben. Nicht einmal diese Parameter stehen mir bei einer solchen hypothetischen Frage zur Verfügung. Das heißt, meine Antwort lautet: Regierungsbildung erfordert alle Konzentration, alle Standfestigkeit, alle Redlichkeit gegenüber den Interessen der Republik Österreich. Zweitens, es gibt für mich keine Zusatzregeln zu den Bestimmungen der Verfassung insofern, als ich bei niemand von vornherein schon sage, der kommt in Frage, der kommt nicht in Frage unter Nennung von Namen. Ich lege mich heute nicht fest, über eine Regierungsbildung, die nach einer Wahl deren Verlauf noch nicht absehbar ist. Aber es hat auch niemals und es soll auch niemand glauben, dass es so etwas wie einen Anspruch hat, eine Regierungsfunktion zu übernehmen. Ich werde mir das genau überlegen und ich werde alles tun, um den Interessen unserer Republik in diesem Zusammenhang bestmöglich zu dienen.

Maria Vassilakou:

Herr Bundespräsident, ich möchte auf den Burschenschaftsball zu sprechen kommen: Sie selbst haben vor kurzem gemeint in der Öffentlichkeit, sie hätten keinerlei Sympathien für den Burschenschaftsball in der Hofburg. Sie hätten aber keine Möglichkeiten, hier einzugreifen, weil die Vermietung der Säle nicht in Ihren Kompetenzbereich fallen. Ich möchte Sie dennoch fragen: Sehen Sie da wirklich überhaupt keine Möglichkeit? Ich hätte mir vorstellen können, dass man beispielsweise beim zuständigen Wirtschaftsminister interveniert und ihn darauf hinweist, dass man nicht wünscht, dass die Säle für solche Zwecke weitervermietet werden. Die Frage kam mehrfach aus dem Internet: Was werden Sie dennoch unternehmen, um künftig sicherzustellen, dass Burschenschaftsbälle nicht mehr in der Hofburg stattfinden.

Bundespräsident Dr Fischer:

Schauen Sie, es wäre ja so schrecklich einfach zu sagen: „Ja, ich verspreche Ihnen das, ich werde das sicherstellen, ich habe mir das wirklich zu Herzen genommen. Aber die Hofburg-GesmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach den österreichischen Bestimmungen des Handelsrechtes und der Bundespräsident hat auf die Frage, wer in diesen Räumlichkeiten, die von einer GesmbH verwaltet werden, genau den gleichen Einfluss, wie auf den Musikvereinssaal und auf das Konzerthaus oder auf die Räumlichkeiten in der Albertina oder im Schloss Schönbrunn. Und ich lasse mich nicht in eine Position drängen, dass der Bundespräsident dafür verantwortlich ist, wer in welchen nach privaten Gesichtspunkt zu vergebenden Räumlichkeiten Ballveranstaltungen macht. Und beim Burschenschaftsball mache ich mich dann stark und was ist dann das nächste Mal bei einem Ball von irgendwelchen anderen problematischen Institutionen, Organisationen. Da ist es viel gescheiter eine EntschlieÙung im Parlament zu fassen, die Bundesregierung wird aufgefordert, hier gewisse einheitliche Richtlinien für alle Gebäude dieser Art zu beschließen und Kontext zu vereinbaren, als punktuell zu

sagen, Bundespräsident schreit ein, weil das Gebäude heißt Hofburg und das bist doch du. Ich glaub, dass diese starke Hinwendung zu mir daraus entsteht, dass man sagt, Hofburg ist Bundespräsident. Und das stimmt nicht, was diese Räumlichkeiten betrifft.

Maria Vassilakou:

Ich möchte auf das Thema Erstaufnahmezentrum in Eberau zu sprechen kommen. Beim Umgang mit diesem Thema ist nach Ansicht sehr sehr vieler Menschen ein hochsensibles Thema auf sehr sehr unappetitliche Art und Weise durch den burgenländischen Landeshauptmann Niessl für Wahlkampfzwecke, ich möchte das jetzt höflich ausdrücken, eingesetzt worden. Die Grünen haben das mehrfach in der Öffentlichkeit kritisiert und Sie selbst haben schon einmal in einem Interview gemeint, dass der Fall Eberau nicht optimal gelaufen ist. Ich hätte gerne von Ihnen gewusst, wie aus Ihrer Sicht ein optimales Vorgehen hier ausgesehen hätte.

Bundespräsident Dr Fischer:

Ich weiß nicht ob es optimal war, aber eindeutig besser war die Prozedur in Vordernberg und in der Steiermark, wo auch abzuwägen war, verschiedene Gesichtspunkte, verschiedene Interessen. Die zuständige Gemeinde ist eingebunden worden, ist informiert worden, es hat eine Diskussion stattgefunden. Es hat dann sogar eine Willensbildung stattgefunden und es ist grünes Licht gegeben worden und alle waren eigentlich zufrieden und sogar stolz. Und in Eberau hat man sich aus welchen Gründen immer für einen anderen Weg entschlossen und hat nicht einmal den Gemeinderat informiert, geschweige denn die Gemeindebürger, angeblich auch nicht die Landesregierung und zwar nicht nur den Landeshauptmann nicht, sondern soweit ich den Zeitungen entnehme auch nicht den Landeshauptmannstellvertreter usw. Und wenn ich da sage, es ist nicht optimal gelaufen, ist das doch eine für mich typisch höflich zurückhaltende Formulierung.

Maria Vassilakou:

Eine letzte Frage noch in diesem Themenkomplex: In einzelnen Bundesländern werden sowohl seitens der SPÖ aktuell die Landeshauptleute Niessl und Voves, als auch seitens der ÖVP, etwa z.B. die gescheite Frau Marek in Wien, Koalitionen mit der FPÖ nicht ausgeschlossen, sondern durchaus als Möglichkeit in Betracht gezogen. Die Frage lautet: Wie ist aus Ihrer Sicht der Kampf gegen den Rechtsextremismus und gegen die Aufweichung des antifaschistischen Grundkonsenses der zweiten Republik möglich, wenn die Tür zur FPÖ permanent offen gehalten wird?

Bundespräsident Dr Fischer:

Wir haben uns vorher schon über die Regierungsbildung auf Bundesebene unterhalten und ich habe Sie um Verständnis gebeten, dass Sie sich in meine Lage versetzen mögen, wie viele Gesichtspunkte hier berücksichtigt werden müssen, weil ein Wahlergebnis bei einer Nationalratswahl ist jedenfalls auch Faktor, nicht der einzige, weil es auch auf die subjektiven Beziehungen zwischen den Parteien usw ankommt, aber jedenfalls ein wichtiger Faktor. Bei Landtagswahlen glaube ich, gilt das erst recht, dass ich mich jetzt nicht festlegen soll, mit wem in der Steiermark, in Vorarlberg oder in Kärnten die Partei A mit der Partei B koalitiert. Meine weltanschaulichen Positionen, meine ganz eindeutige Abgrenzung zum Nationalsozialismus, meine klare Stellungnahme bei einem schweren Verstoß gegen unsere politische Kultur im Zusammenhang mit dem Verbotsgesetz, das ist ja alles

klar. Aber die Regierungsbildung in den Bundesländern, ich glaube nicht, dass es ein einziges Beispiel dafür gibt, dass sich ein Bundespräsident in Regierungsbildungen auf Landesebene eingemischt hat und er würde etwas tun, wo er dann keinerlei Folgehandlungen setzen kann. Wenn der Bundespräsident Position bezieht zu einer Regierungsbildung in einem Bundesland und die sagen, lieber Onkel der Hofburg, wir bilden unsere Landesregierungen selber im Landtag, du kannst uns da nichts dreinreden, dann haben sie aus Sicht der Bundesverfassung Recht. Das heißt, ich beschränke und konzentriere mich darauf, grundsätzlich zu Fragen des Rechtsextremismus, zu Fragen des Rassismus, zu Fragen des Antisemitismus, zu Fragen von unhaltbaren Positionen auf diesem Gebiet Stellung zu nehmen.

Rudi Anschober:

Herr Bundespräsident, kommen wir zu einem weiteren Themenbereich, der uns Grünen ein besonderes Anliegen ist, nämlich die Umweltpolitik. Die Umweltpolitik, in diesem Fall zu Beginn konkret die Frage der Klimakrise. Die Klimakrise ist für die nächsten Generationen eine existenzielle Bedrohung. Weltweit sagt uns die Wissenschaft, dass wir in den kommenden zehn Jahren die Trendwende hin zu sinkenden Emissionen der CO<sub>2</sub>-Konzentrationen kommen müssen. Meine Frage an Sie, nachdem Österreich hier keine rühmliche Rolle bisher gespielt hat. Was ist aus Ihrer Sicht notwendig, damit wir dieser Verantwortung den nächsten Generationen gegenüber in Sachen Klimaschutz gerecht werden.

Bundespräsident Dr Fischer

Also ich war zwar nie ein Umweltsprecher oder so im Parlament oder in der Regierung, aber ich war 30 Jahre Präsident der Naturfreunde und mich hat dieses Thema Umwelt, Klima, Schutz des Waldes, Nationalparks, Nichtverbauung des Bäche- und Flusssysteme im Tauerngebiet, Verhinderung von Großkraftwerken in Osttirol, usw immer beschäftigt und tut es auch und ich gebe Ihnen Recht, dass die Frage des Klimaschutzes zu den TOP 3 oder 4 Themen zusammen mit dem Millennium Goals der Vereinten Nationen und mit der Verhinderung von Krieg und Gewalt ist das ein ganz wichtiges Thema. Ich habe mich daher voriges Jahr auch bereit erklärt, eine Einladung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen anzunehmen, an dieser Vorkonferenz zu Kopenhagen in New York teilzunehmen mit 40 anderen Staatspräsidenten. Kopenhagen ist leider nicht gut gelaufen, das ist auch wieder ein sehr vorsichtige Formulierung. Ich habe jetzt vergangenen Donnerstag mit dem Generalsekretär Ban Ki-moon ausführlich gesprochen, dass man da das Tempo und den Druck erhöhen muss. Der Generalsekretär hat gesagt, er möchte die Zahl der für die öffentliche Meinungsbildung wichtigen Konferenz noch erhöhen. Wir haben darüber geredet, ob vielleicht eine in Wien stattfinden könnte, damit wir auch einen Nutzen haben und im Übrigen müssen wir halt die Ratschläge, die es auf diesem Gebiet gibt, zur Emissionsverringerung und zum sparsamen Umgang mit Energie und zur Energieverbrauchsreduzierung und zu neuen Technologien und auch zum individuellen Verhalten des Einzelnen, auf diesem Gebiet müssen wir uns in die richtige Richtung bewegen und das nicht in eine ferne Zukunft schieben, das wird schon alles nicht so dramatisch werden. Es wird dramatisch werden, wenn wir nicht alle gemeinsam handeln.

Rudi Anschober:

Jetzt gibt es im Bereich Klimaschutz internationale Verpflichtungen, erstmals festgeschrieben in den sogenannten Kyotozielen. Diese Ziele gelten auch für

Österreich und Österreich ist meilenweit davon entfernt, diese Ziele tatsächlich, diese internationalen Verpflichtungen auch tatsächlich zu erreichen. Meine Frage deswegen an Sie: Was werden Sie in den nächsten Jahren ganz konkret unternehmen, damit Österreich dieser internationaler Verantwortung auch gerecht wird.

Bundespräsident Dr Fischer

Also, manche grenzen die Frage insofern ein, indem sie sagen, was werden Sie ganz persönlich unternehmen und dann erzähle ich, in welcher Form ich halt oder meine Familie, meine Frau versuchen, auch Energie zu sparen und vernünftig zu sein und Licht abzdrehen usw. Aber Sie sprechen meine politische Funktion an und ich bin gerne bereit, und das überlege ich mir ja auch, weil mir das viele vorschlagen. Der Bundespräsident soll sich nicht zu häufig in die Tagespolitik einmischen. Diese Lektion habe ich ja gelernt. Vielleicht habe ich sie zu gut gelernt oder vielleicht habe ich sie zu ernst genommen. Ich kann mir schon vorstellen, dass ich mir 2 oder 3 Gelegenheiten suche, in Situationen wo man wirklich Aufmerksamkeit findet auf dieses Problem hinzuweisen und die Regierung auch zu mahnen. Also mir fällt jetzt ein und irgendwann hoffe ich, wenn die Wahlen gut ausgehen, muss ich mich ja hinsetzen und eine Rede konzipieren bei der Angelobung am 8. Juli im Parlament, wo alles versammelt ist. Ich nehme mir am 11. April um 13.23 Uhr vor, in dieser Rede das Thema Klimaschutz ordentlich anzuschneiden und dass noch einige weitere Male zu tun, laufender, nachfolgender Periode.

Rudi Anschober:

Auf internationaler Ebene wird die Frage Klimakrise sehr stark missbraucht, damit es zu einer Renaissance der Atomenergie kommt. Die USA empfiehlt anderen Regionen dieser Welt. Nun haben wir auch in Österreich seit einigen Jahren keine offensive Anti-Atompolitik. Wir sprechen von einem Tiefschlaf in diesem politischen Bereich. Ein wesentlicher Bereich ist die Frage Euratom. Österreich zahlt rund 40 Mio Euro jedes Jahr an diese Atomunterstützungsgesellschaft auf europäischer Ebene. Acht Bundesländer haben an die Bundesregierung appelliert, aus Euratom auszutreten, nachdem die Ressortbestrebungen gescheitert sind. Jetzt gibt es auch ein Volksbegehren in diesem Bereich. Die Forderung, die gemeinsame ist, einen Austritt aus Euratom durchzuführen. Unterstützen Sie diese Grundforderung.

Bundespräsident Dr Fischer:

Erstens würde ich es nicht gering schätzen, dass es in Österreich nach wie vor und auch unter den heutigen schwierigen energiepolitischen Bedingungen einen ungebrochene Konsens gibt, zwischen allen Parteien, soweit ich das überlege, nicht Atomenergie für Energiegewinnung zu setzen. Das ist nach wie vor intakt und es ist keine Selbstverständlichkeit und ich glaube, es gibt nicht viele Länder in Europa, wo das in einer solchen Ausprägtheit wie in Österreich vorhanden ist. Und das Thema Euratom kenne ich noch aus meiner Zeit eben im Parlament, wo die Grünen immer gedrängt haben, auszutreten oder jedenfalls weniger Geld einzuzahlen und die zuständigen Regierungsmitglieder geantwortet haben, es ist ja ein Irrtum, in Euratom nur eine Institution zu sehen, die quasi die Atomenergie pusht und vorantreibt und Lobbying macht, sondern da werden auch andere sehr vernünftige Dinge gemacht und da wird auch an Sicherheitsprojekten gearbeitet usw und wenn das wirklich eine solche Mischung ist, dann glaube ich nicht, dass man einfach nur plantly austritt, sondern da muss man halt schauen, dass die Tätigkeit von Euratom wirklich im

wachsenden Maße auch Sicherheitsfragen und neue Energieformen und solchen Projekte, die würde ich jetzt einmal sagen als Laie, als die Detailtätigkeit von Euratom betrifft.

Eva Glawischnig:

Wir wissen jetzt, Sie werden bei Ihrer Angelobungsrede das Thema Klimaschutz anschneiden. Eine Frage aus dem Saal, die da jetzt direkt dazugehört. Wie schaut es aus mit den internationalen Verpflichtungen Österreichs, was die Entwicklungszusammenarbeit betrifft. Die hinken hier auch meilenweit hinten nach. Also die versprochenen Budgetsummen sind bei weitem nicht budgetiert worden die letzten Jahre und wir stehen jetzt vor einem ziemlichem Sparbudget. Werden Sie konkret auch darauf hinwirken, dass in diesen wichtigen internationalen Bereichen Solidarität nicht gekürzt wird, sondern im Gegenteil erhöht wird.

Bundespräsident Dr Fischer:

Frau Vorsitzende, diese Frage liegt mir sehr am Herzen. Weil ich glaub, ich bin der erste Bundespräsident, der Staaten südlich der Sahara besucht hat, der sich dort an Ort und Stelle umgesehen hat, der auch verstärkt in anderen Erdteilen dritte Weltländer besucht hat. Nur die momentane Budgetsituation ist so, dass mir gesagt wird, *„Herr Bundespräsident, Sie sind der Schirmherr der Akademie der Wissenschaften, werden Sie garantieren, dass es im Bereich Forschung usw. keine Budgetkürzungen geben wird? Herr Bundespräsident, Sie sind der Oberbefehlshaber des Bundesheeres. Werden Sie dafür sorgen, dass wenigstens im Bereich des Bundesheeres die notwendigen Geldmittel bereitgestellt werden? Herr Bundespräsident, Sie bekennen sich zur Klimapolitik. Werden Sie dafür sorgen, dass wir endlich neue Impulse setzen? Herr Bundespräsident, Sie haben sich bekannt zur Entwicklungszusammenarbeit. Werden Sie – sag ich einmal – ein Veto einlegen dagegen, dass wir diesen Ziele nicht erreichen?“*

Eva Glawischnig: Werden Sie?

Bundespräsident Dr Fischer:

Ich kann das alles nicht, weil das kleine 1x1 und die Divisions- und Multiplikations- und Additionsregeln gelten auch für mich. Ich kann nicht Versprechungen machen in den verschiedensten Sektoren, die ich nicht einhalten kann. Ich kann nur sagen, Entwicklungszusammenarbeit ist etwas sehr wichtiges. Und das Vorurteil in manchen Teilen der Bevölkerung und in manchen Medien, dass das nur hinausgeschmissenes Geld ist, die teile ich nicht nur nicht, sondern ich halte das für falsch, ich halte das für schädlich, ich verteidige die Entwicklungszusammenarbeit. Aber Versprechungen über die budgetäre Dotierung hier abzugeben, ohne die Gewissheit zu haben, dass ich sie einhalten kann, das tue ich nicht.

Rudi Anschöber:

Mit dieser erörternden Frage jetzt hat auch direkt der nächste Themenbereich einiges zu tun, nämlich der Themenbereich Integration. Die Grünen setzen sich seit vielen Jahren sowie viele Initiativen erfreulicherweise in Österreich für eine Integration, nämlich für ein Bleiberecht für seit langer Zeit in Österreich integrierte Menschen ein. Was werden Sie dazu konkret beitragen, dass zu diesem Bleiberecht für langzeit-integrierte Menschen kommt.

Bundespräsident Dr Fischer:

Ich habe mich einmal sogar schon so konkret dazu geäußert, dass ich gemeint habe, wenn ich mir die Fristen anschau, die für Asylverfahren in Anspruch genommen werden, dann ist es wirklich so, dass mir jemand, der eine gewisse Zahl von Jahren hier ist, dass da meines Erachtens der Integrationsfaktor überwiegt und dass man hier vielleicht von wenigen Ausnahmen auch abgesehen, einen Teilbereich in Aussicht nehmen soll. Die Bundesregierung ist einen anderen Weg gegangen. Sie hat sich nicht an diesem System orientiert, zu sagen, wenn jemand eine gewisse Zahl von Jahren da ist und es keine gravierenden entgegengesetzte öffentliche Interessen gibt, kann er hier bleiben, sondern sie haben Maßnahmen gesetzt, um die Dauer der Asylverfahren zu verkürzen und um hier diese langen Fristen zu reduzieren. Die Statistiken zeigen in ersten Zahlen, dass die Entwicklung in eine gute Richtung. Es ist ja überhaupt interessant, dass vieles auf diesem Gebiet verbockt wurde in den Jahren 2000 bis 2004/2005. In der Kriminalitätsstatistik ist es eine Zeit, wo die Kurve besonders hinaufgeht. In der Dauer der Verfahren ist es eine Zeit, wo die Kurve besonders hinaufgeht. Und die, die für damals besondere Verantwortung tragen, sind diejenigen, die jetzt die schärfste Kritik an dieser Entwicklung üben. Aber jedenfalls glaube ich, dass wir die Dauer der Asylverfahren verkürzen müssen, dass es erste Erfolge gibt und dass der humanitäre Charakter im Asylbereich jenen Stellenwert in der Praxis haben soll, der ja im Gesetz in Aussicht gestellt wurde.

Rudi Anschöber:

Ein wirklicher Modellfall für die gelungene Integration ist die Familie Zogaj. Ich habe mich vor wenigen Tagen selbst davon überzeugt, die Kinder gehen in die Schule, sind in einem Netzwerk an Freunden und Freundinnen, die Mutter arbeitet, ist ebenfalls voll und ganz integriert in der Gesellschaft. Dennoch ist es so, dass es ein großes Risiko gibt, dass – wenn der Verfassungsgerichtshof die entsprechende Beschwerde gegen einen negativen Bescheid des Asylgerichtshofes negativ bescheidet, also ablehnt, dass es dann rasch zu einer Abschiebung kommt. Werden Sie hier Initiativen setzen, damit es doch noch zu einer menschlichen Lösung kommt.

Bundespräsident Dr Fischer:

Schauen Sie, zu den Verhaltensweisen mancher Österreicher, die ich wirklich nicht verstehen kann, ist, wieso es so viele negative Emotionen, so viele unschöne Gefühle und so viele brutale Worte gegen dieses Mädchen oder gegen diese Familie gibt. Das ist wirklich etwas, was bedauerlich ist, was weh tut. Ich war zu Weihnachten bei Licht ins Dunkel gemeinsam mit dem Kardinal. Wir haben unmittelbar hintereinander das gleich gesagt in dieser Sache, dass man, wenn man irgendwo ein bisschen mit menschlichen Gefühlen operiert, dass man doch diese Feindseligkeit und diese Aggression aufgeben soll, und dass dies ein Fall für humanitäres Bleibrecht wäre. Also meine Haltung in dieser Frage ist klar. Sie selber haben gesagt, es ist jetzt beim Verfassungsgerichtshof und der Verfassungsgerichtshof hat gestern oder vorgestern aufschiebende Wirkung zuerkannt, was ja wie ich glaube eine vernünftige Entscheidung ist. Der Verfassungsgerichtshof wird jetzt eine Entscheidung treffen und was ich nicht kann und nicht will, ist zu sagen: Wenn der Verfassungsgerichtshof das entscheidet, was mich freut oder was ich für richtig halte, zB bei den Ortstafeln in Kärnten, dann sage ich ohne Wenn und Aber, ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes muss Respekt finden. Das habe ich hundert Mal gesagt. In dem anderen Fall sag ich, der Verfassungsgerichtshof hat zwar entschieden, aber das interessiert mich nicht. Also ich bitte jetzt einmal, die Entscheidung des

Verfassungsgerichtshofes abzuwarten. Natürlich hat diese Entscheidung Gewicht. Wie man dann konkret vorgeht, ja da wird auch noch nachzudenken sein, mit welchem Zeitplan, mit welchen Möglichkeiten und welche Folgeschritte noch gesetzt werden. Aber ich werde mich nicht über ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes quasi hinwegsetzen und es wegwischen.

Maria Vassilakou:

Möchte Sie, Herr Bundespräsident darauf hinweisen, dass das bedeutet, wenn Sie bei der einen oder anderen Frage, die Ihnen besonders wichtig ist, etwas mehr Zeit sich nehmen möchten, können wir das jetzt einmal auf jeden Fall vorsehen.

Bundespräsident Dr Fischer:

Mich hat mein Mitarbeiter so gedrillt, ich muss kurz sein und schüchtern wie ich bin, folge ich, aber scheinbar habt ihr es zu gut gemeint.

Maria Vassilakou:

Nein, aber vereinbarter Weise sollte ich jetzt darauf hinweisen, ob wir in Verzug sind oder einen Zeitvorsprung haben. Und das heißt auch, dass wir noch mehr Fragen, die aus dem Publikum heute gekommen sind, werden nachbehandeln können. So, und ich komme gleich zur nächsten Frage: Das Thema lautet „Soziale Gerechtigkeit“. Sowohl die Grünen als auch die weitesten Teil der österreichischen Bevölkerung empfinden es als unakzeptabel, dass diejenigen, die die Wirtschaftskrise nicht verursacht haben, nämlich diejenigen, die am wenigsten verdienen, nun die Zeche zahlen sollen, während gleichzeitig Reiche, etwa Stiftungsbesitzerinnen und –besitzer, Banken und Konzerne einen nicht fairen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten müssen. Sie selbst haben bereits im Jahr 2007 sich gegen eine Abschaffung der Erbschaftssteuer ausgesprochen. Sie wurde leider abgeschafft. Ich möchte Sie zwei Dinge fragen: Erstens, würden Sie eine Wiedereinführung der Erbschaftssteuer befürworten und zweitens, befürworten Sie a) die Erhöhung von Massensteuern wie etwa beispielsweise der Mehrwertsteuer, wenn nicht gleichzeitig auch die Reichen über höhere Vermögenssteuern einen Beitrag leisten müssen.

Bundespräsident Dr Fischer:

Schauen Sie, ich glaube, dass soziale Gerechtigkeit und soziale Symmetrie und eine gewisse vernünftige Flachheit oder Nichtzusteilheit der Einkommens- und Vermögenspyramide in einer Gesellschaft etwas Wertvolles, etwas Sinnvolles, etwas Hilfreiches sind. Das hat nichts mit Gleichmacherei zu tun, aber ich sage immer, gerade wie man sich auf Leistung bezieht, die Leistung eines Brokers an der Wall Street ist nicht das Hundertfache einer Nachtschwester in einem geriatrischen Krankenhaus. Und darum sollte das Einkommen mehr als das Hundertfache möglich sein, zumindest in vielen Fällen. Also um eine vernünftige Gerechtigkeit in Bezug auf soziale Aspekte und Leistungsaspekte zu kämpfen, ist ein wichtiges Ziel. Die Steuern sind ein Instrument, das das Ziel hat, den Staatshaushalt zu finanzieren, aber auch zu dieser Sozial- und Leistungsgerechtigkeit etwas beitragen. Dass dabei unterschiedliche Interessen aufeinander treffen und dass man auch noch zusätzliche Aspekte betrachten muss, nämlich dass es auch prohibitiv hohe Steuern geben kann, das gebe ich ja zu. Nur wie die Erbschafts- und Vermögenssteuer abgeschafft wurde, ich hab mir es gar nicht so einfach gemacht, es nur zu kritisieren, sondern ich habe damals direkt an den Finanzminister Molterer die Frage gerichtet, ob er nicht

die Gefahr sieht, dass eine Zeit kommen wird, wo der angebliche Bombenstil?? von 60 Mio Euro kostet, die es uns bringen würde, würden wir das nicht abschaffen, wo uns dieser Betrag dringend fehlen würde. Und leider glaube ich, dass wir jetzt in einer Situation sind, wo uns wirklich vorne und hinten und links und rechts viel kleinere Beträge als 60 Mio Euro fehlen und wir daher in der Steuerpolitik jetzt zwar nicht ich weiß nicht radikal das Ruder herumreißen, aber diesen Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit umso mehr berücksichtigen müssen, als noch der Aspekt dazukommt, denn Sie genannt haben, nämlich die Leute, die jetzt unter bestimmten Kürzungen und Ausgabenkürzungen und Einnahmenerhöhungen davon betroffen sind, sind bestimmt nicht die, die die Krise herbeigeführt haben, und drum muss doppelt auf diesen Aspekt bedacht genommen werden. Das ist meine Einstellung zu diesen Fragen.

Maria Vassilakou:

Bleiben wir noch kurz beim Thema Soziale Gerechtigkeit. Ich möchte auf das Transferkonto zu sprechen kommen, dass aus Grüner Sicht jedenfalls kein geeignetes Mittel ist, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Sie selbst merkten am 2. Jänner 2010 in einem Interview an, ich zitiere: „Ich hielt es für falsch, soziale Gerechtigkeit gegen das Leistungsprinzip einzutauschen.“ – Im Zusammenhang mit dem Transferkonto. Die Frage lautet nun: Wie stehen Sie heute zur geplanten Einführung des Transferkontos.

Bundespräsident Dr Fischer:

Sie meinen diese Idee von Vizekanzler Pröll. – Das hängt glaube ich zu 70 bis 80 Prozent davon ab, wie das konstruiert wird, weil ich kann mich nicht dagegen wehren, dass man sagt, es soll in unserer Gesellschaft mehr Einkommens- und Vermögenstransparenz geben, im Gegenteil: das ist ja sogar vielfach gefordert worden und oft leidet eine sachgerechte Diskussion zu Verteilungsfragen daran, dass die Experten sagen, in diesem Sektor haben wir zuwenig Einblick in die tatsächliche Vermögensverteilung. Wir haben zuwenig Material, wir haben zuwenig Zahlen, wir können das gar nicht genau beurteilen. Also mehr Transparenz in Einkommens- und Vermögensverteilung zu schaffen ist in Ordnung. Ein Instrument, dass aber die Darstellung des Sozialsystems als soziales Hängemattensystem abstützen soll, das ist nicht das, was wir brauchen, weil Ausgaben für sozial Schwache etwa auch das Thema Mindestsicherung, da gibt es schon sehr viele Kontrollen und sehr viele Formen, das alles nachzuprüfen, damit es auch zielgerecht dort landet. Ich glaube, da gibt es andere Ausgangsbereiche, wo die Kontrollen und das Überprüfen im Einzelfall viel weniger exakt funktioniert. Also ich habe nicht gegen mehr Transparenz im gesamten Einkommens- und Vermögensbereich, aber ich glaube, dass wir Schritte, die die Anwendbarkeit der Hilfe für sozial Schwache noch erschweren und in der Praxis noch mühsamer machen, dass wir das nicht weitertreiben sollen. Irgendwo habe ich gelesen, dass von den Ansprüchen, die die sozial Schwächsten haben, ein schmerzlich großer Prozentsatz nicht in Anspruch genommen wird, weil die Menschen es zu mühsam finden, weil zu viele Hürden aufgebaut sind oder weil sie gar keine Informationen darüber haben.

Eva Glawischnig:

Herr Dr Fischer, wir Grünen sind immer der Meinung, die Wahrheit ist zumutbar, vor allem auch in der Politik und das trifft jetzt die nächsten Wochen insbesondere die Wahrheit über das Budget. Jetzt hat es einen Streit gegeben im Parlament rund um

die Frage der Verschiebung der Budgetvorlage nach den Landtagswahlen und wir waren ernsthaft irritiert, dass Sie sich in diesen Fragen nicht hinter das Parlament und hinter die Verfassungsvorgaben, zehn Wochen vor Ende des Jahres muss die Wahrheit auf den Tisch, wurscht ob Landtagswahl sind oder nicht, sondern Sie haben gemeint, vor einer Wahl ist nicht die Frage, sondern zum richtigen und zum optimalen Zeitpunkt. Vielleicht haben wir Sie ja missverstanden. Aber trotzdem, das Recht des Parlamentes und die Rechte der Bevölkerung umfassen die volle Information, was kommt auf mich zu, und nicht das Verschieben auf nach den Landtagswahltermin, insbesondere in Wien.

Bundespräsident Dr Fischer:

Ja, aber dann haben Sie mich wirklich missverstanden, weil dass zehn Wochen vor Jahresschluss ein Budget vorzulegen ist, das ist klar und diese Bestimmung muss eingehalten werden und ich habe schon an Budgetverhandlungen teilgenommen, das liegt schon lange zurück, wo die berühmte Uhr um 24 Uhr am 22. Oktober quasi formal in Gang gehalten wurde, weil man noch immer nicht fertig war, und dann war man um drei Uhr früh fertig des 23. Oktobers und dann hat man sich erleichtert, weil es war ja doch am späten Abend des 22. Oktobers. So geht ??????. Nur ein umgekehrtes Gesetz zu sagen, uns interessiert der 22. Oktober nicht, wenn es am 2. Oktober Landtagswahlen gibt, dann ist die Dead Line nicht der 22. Oktober sondern der 2. Oktober, denn nicht die Verfassungsbestimmung ist entscheidend sondern der Landtagswahltermin ist entscheidend. Bitte das habe ich nirgendwo gelesen in der Verfassung, das dies so ist. Also eine Forderung, ihr müsst vor der Landtagswahl im Bundesland X oder Y die Budgetzahlen auf den Tisch legen und ihr habt nicht Zeit bis zu dem verfassungsmäßig genannten Termin. Dafür bin ich kein Anwalt, weil da bin ich zuviel Jurist als das ich sag, Landtagswahltermin schlägt Verfassungstermin. Das stimmt nicht.

Eva Glawischnig:

Eine weitere Frage in diesen Zusammenhang. Der Finanzminister selber hat von sich gesagt, er hat gelogen, was das Budget betrifft, was die Steuererhöhungsseite betrifft. Er musste es machen, weil sonst hätte er die Debatte über die Steuererhöhung schon sehr viel früher gehabt. Ich habe einen Ordnungsruf bekommen wegen dem Zitieren „Lüge“. Wie würden Sie das sehen, nein nicht von Ihnen, aber hätten Sie mir auch einen gegeben für das? Okay. Aber wie geht man trotzdem damit um, wenn nachweislich wissentlich die Unwahrheit gesagt und auch selber gesagt wird, ich habe gelogen als Finanzminister und wir haben den Anspruch gehabt, die Menschen verdienen die Wahrheit.

Bundespräsident Dr Fischer:

Aber Frau Kollegin, hat er wirklich gesagt, ich habe gelogen? Hat das irgendwer gehört in dem Saal? Sinngemäß! Nein, das kann ich nicht gut heißen.

Eva Glawischnig:

Klarheit.

Rudi Anschöber:

Herr Bundespräsident, eine sehr konkrete Frage, die auch im Internet gestellt wurde in Vorbereitung unserer heutigen Veranstaltung. Und zwar ist es die Frage nach den Assistenzeinsatz des Bundesheeres. Der Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der Ostgrenze ist teuer und bewirkt nach unserer Sicht kaum etwas, das hat auch der

Rechnungshof im Wesentlichen so bestätigt. Führende Verfassungsrechtsexperten bezeichnen diesen Assistenzeinsatz auch als verfassungswidrig. Meine Frage deswegen an Sie, wie stehen Sie insgesamt zum Assistenzeinsatz und sind Sie bereit, unabhängig prüfen zu lassen, ob dieser Assistenzeinsatz verfassungskonform ist und im Fall einer Verfassungswidrigkeit die Bundesregierung zur Beendigung dieses Assistenzeinsatzes aufzurufen?

Bundespräsident Dr Fischer

Schauen Sie, was die Rechtslage betrifft, ist es richtig, dass ich zumindest einen prominenten Juristen kenne, Herrn Prof Mayer, der hier verfassungsrechtliche Zweifel anmeldet. Ich habe in Vorbereitung auf dieses Hearing noch einmal mit Herrn Präsident Adamovich, den früheren Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes gesprochen. Der sieht das anders. Er verweist darauf, dass im Wehrgesetz, und die Bundesverfassung ist ja in diesem Zusammenhang auch so zu interpretieren, davon die Rede ist, dass das Bundesheer auch zur Verfügung steht, um innere Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und dass man daher mit der Behauptung, das sei verfassungswidrig, vorsichtig sein muss. Das sieht auch der Verfassungsdienst des Bundeskanzlers so. Also, dass ist eine Frage, wo ich zugebe, sie ist heikel, aber eine glatte offensichtliche Verfassungswidrigkeit ist es sicher nicht. Zweitens dieser Assistenzeinsatz ist geschaffen worden als eines der Mittel, um eine sehr massive Agitation einzubremsen, die der Bevölkerung immer einredet, das ist alles katastrophal, niemand ist seines Lebens und seines Hab und Guts sicher, seit die Grenzen geöffnet wurde usw. Es wird ja sogar behauptet, dass die Grenzöffnung mit dem Lissabon-Vertrag zusammenhängt, was ja ein Unsinn ist. Und dass ich durch die Unterzeichnung, durch die pflichtgemäße Unterzeichnung des Lissabon-Vertrages Schuld bin, dass jetzt Räuber- und Diebsbanden durch Österreich ziehen. Also, mir ist schon auch etwas Wert, wenn es diesen beruhigenden Faktor gibt. Und das ist der Fall. Ich war jetzt wieder zweimal in Burgenland in den letzten 14 Tagen. Die Menschen fühlen sich dort sicherer. Und der konkreteste Teil meiner Antwort auf Ihre Frage ist: Ich habe vor einer Woche mit dem Herrn Bundesminister Darabos sehr sachlich und ernst über dieses Thema Grenzeinsatz und über ein zweites Thema des Bundesheers gesprochen und Sie wissen ja, dass der Grenzeinsatz befristet ist mit Ende des heurigen Jahres und dass daher nach dem Sommer zu entscheiden sein wird, wie es weiter geht. Und ich werde mich sehr bemühen, dass das eine sachliche Entscheidung wird, dass da natürlich auch die verfassungsrechtlichen Aspekte mit berücksichtigt werden, aber ich bin kein prinzipieller Gegner eines befristeten Grenzeinsatzes, wenn er mithilft, die großen Schritte im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses, und dazu gehört auch die Erweiterung der Union, und da gehört auch das Funktionieren des Schengen-Systems irgendwie zu begleiten und abzufedern. Es will ja niemand was böses tun, es ist ja niemand, der sagt, wir verbieten das mit irgendwelchen fremdenfeindlichen Parolen oder so. Aber nachdem es so viele Faktoren gibt, mit denen die Bevölkerung beunruhigt wird und geschreckt wird, glaube ich, dass wir mit Faktoren, die gegenteilige Wirkung haben, wo die Leute sagen, ja, das ist nett, wenn unsere Buben da im Bezirk unterwegs sind usw, eh alles unter strenger Aufsicht und nach so dicken Verhaltensregelungen, damit ja nichts falsch gemacht wird. Ich kann mich dagegen nicht empören.

Eva Glawischnig:

Wir kommen jetzt zu einem Bündel an sehr konkreten Einzelfragen, aber wir haben keinen Stress, also wir können sie ruhig auch ausführlich diskutieren. Ich fange an mit einer Thematik, die bei uns bei einigen, aber auch bei vielen, die sich im Internet gemeldet haben, für Irritation gesorgt hat und das war Ihre Grußbotschaft an die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Wenig überraschend war das auch in Tschechien, quer über alle Parteigrenzen hinweg muss man dazu sagen, auch für Entrüstung und negative Kommentare gesorgt. Ich würde Sie gern fragen, ob Sie diese Grußbotschaft heute noch einmal so formulieren.

Bundespräsident Dr Fischer:

Eigentlich schon. Und zwar werden Sie das verstehen, wenn Sie den ganzen Text kennen. Wie ich ins Amt gekommen bin, ich habe ja keine Sudetendeutsche Wurzeln, ich bin da nicht irgendwie vorbelastet. Ich habe mich früher mit diesem Problem nicht sehr beschäftigt. Ich bin im Juli angelobt worden. Im Jänner des nächsten Jahres habe ich einen Brief gekriegt. Es ist wieder der Jahrestag des – wie die das so nennen – Massakers vom März 1919, wo leider mehr als 40 Menschen ums Leben gekommen sind, die demonstriert haben und dann niedergeschossen wurden und ob ich eine Grußbotschaft schicke. Das habe ich meinen Mitarbeitern gesagt. Schauts einmal nach, wie das der Klestil gemacht hat und schauts zur Sicherheit auch nach, wie das der Kirschschräger gemacht hat, weil mir der ein besonders guter Freund war und weil ich gewusst habe, dass er sich solche Dinge und so was passiert und so was wird ja jeden Tag an mich herangetragen, der er solche Dinge sehr sorgfältig behandelt hat. Klestil hat Grußbotschaften geschrieben und Kirschschräger hat Grußbotschaften geschrieben. Drauf habe ich seit 2005 jedes Jahr eine Grußbotschaft, ich hab die Einladung dort hinzukommen abgelehnt, aber ich habe gesagt, ich schreibe euch eine Grußbotschaft. Ich würdige die Leistungen der Vertriebenen aus dem Bereich der Sudetendeutschen zum Wiederaufbau der Republik beigetragen haben, und das ist ja nicht so neu, dass die da auch wirklich mitgearbeitet haben am Aufbau der Republik. Ich bedaure die Opfer, die damals ihr Leben verloren haben. Und hab halt immer so eine Grußbotschaft geschrieben. Zuletzt war dies dann schon eine Routinesache. Der außenpolitische Berater Botschafter Kloss schreib mir da einen Entwurf. Ich tu ein bisschen herumkorrigieren und schicke sie weg. Das war diesmal auch so und ich hab dann noch hineingeschrieben, weil nämlich von bestimmter Seite, von FPÖ-Seite behauptet wurde, der österreichische Bundespräsident hat als Erfüllungsgehilfe der Brüsseler den Vertrag von Lissabon ohne mit der Wimper zu zucken unterschrieben und der tschechische Präsident, an dem soll er sich ein Beispiel nehmen, der hat wenigstens herausgeholt für die tschechische Republik, nämlich dass die Beneš-Dekrete außer Kraft gesetzt wurden und das Beneš-Dekrete ihre – das die Beneš-Dekrete beibehalten werden (umgekehrt), und das stimmt nicht. Am Rechtsstatus der Beneš-Dekrete hat sich durch den Lissabon-Vertrag nichts verändert. In Österreich hat sich nichts verändert dran, in der tschechischen Republik hat sich auch nichts verändert, und in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal hat sich auch nichts geändert. Und darum hab ich diesmal in die Grußbotschaft für die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit der Entschuldigung, dass ich so wie in den vergangene Jahre nicht hinkomme, auch auf die Beneš-Dekrete Bezug genommen. Habe gesagt, die Beneš-Dekrete, die schweres Unrecht geschaffen haben, aber die Behauptung, dass der Václav Klaus hier für sein Land irgendetwas herausgeholt hat, nämlich die Anerkennung der Beneš-Dekrete, stimmt nicht. Diesen Brief schicke ich Ihnen

morgen in Kopie. Außer Sie haben ihn schon. Und ich finde daran nichts schlechtes. Der einzige Unterschied ist: In der Tschechischen Republik sind Wahlen. Daraufhin hat sich der konservative frühere Ministerpräsident aufgeregt, der Sozialdemokrat hat sich gleich mit aufgeregt, der Paroubek. Der Milos Zeman hat gesagt, er kennt und schätzt den Heinz Fischer seit vielen Jahren seit vielen Jahren, aber das ist wahrscheinlich auf den österreichischen Wahlkampf zurückzuführen. Das hat mit Wahlkampf überhaupt nichts zu tun. Das ist etwas, was ich seit fünf Jahren getan habe, ohne mich anzubiedern. Aber ich schreib halt viele Grußbotschaften.

Maria Vassilakou:

Herr Dr Fischer, ich habe eine Frage aus dem Internet, die ich so vorlesen möchte wie sie eingelangt ist: Tut es Ihnen leid, dass Sie sich nicht mehr bei Simon Wiesenthal dafür entschuldigen können, dass Sie einen Untersuchungsausschuss gegen ihn in die Wege leiten wollten, um Kanzler Kreisky aus der Affäre zu ziehen?

Bundespräsident Dr Fischer:

Also erstens habe ich mit Simon Wiesenthal in aller Form einen Frieden gemacht. Ich habe ihm als Bundespräsident ein Ehrenzeichen verliehen und habe das nicht als Formalität gemacht sondern bin zu ihm in die Wohnung gefahren in Döbling und er hat diesem Anlass Verwandte aus Polen eingeladen, die dort auch anwesend waren und ich habe ihm das überreicht und habe ihm meine Wertschätzung ausgedrückt und ich glaube, das war, also die Annahme, die diese Frage zugrunde liegt, trifft so nicht zu. Also mit Wiesenthal, das war nicht nur eine formale Geste sondern das war ein gutes Gespräch. Ja, ich glaub auf das bin ich jetzt stolz, dass das noch zustande gekommen ist. Und jetzt mach ich hier die große Klammer und sag: Grad in diesem Kreis ist das so. Ich glaube, dass Kreisky sich damals falsch verhalten hat und ich war einer der engsten Mitarbeiter von Kreisky. Das Ganze hat sich abgespielt im November 1975. Das war 14 Tage, nachdem ich auf Vorschlag des Bruno Kreisky zum Klubobmann seiner Partei gemacht wurde. Also es war schon eine schwierige Situation, wenn der Bruno, dem ich mich sehr verbunden gefühlt habe, mir sein Vertrauen ausdrückt, als sein Klubobmann im Parlament. Und das erste wäre gewesen, ich wäre dem Kreisky irgendwie in den Rücken gefallen. Wo er noch dazu wirklich damals sehr emotional war und sehr verletzt war, weil der Wiesenthal ja auch wieder gegen seinen Bruder gewisse Recherchen geführt hat usw. Nur eine Frage stelle ich: Da hat es diesen Riesenkrach gegeben zwischen Kreisky und Wiesenthal mit Behauptungen und Gegenbehauptungen und Kreisky hat gesagt, Wiesenthal stützt sich auf Informationen, die nicht richtig sind und umgekehrt hat der Kreisky bestimmte Informationen gehabt, wo ich auch nicht gewusst habe, wie wahr die sind und ein Untersuchungsausschuss ist ein parlamentarisches Instrument, um einen Sachverhalt aufzuklären. Und ich bin insofern ein bisschen überrascht, dass der Hinweis, es gibt doch in der Verfassung oder in der Geschäftsordnung ein Instrument, um Sachverhalte aufzuklären. Noch dazu ein Instrument, dass von der Opposition immer wieder gefordert wird und eingesetzt und angewandt werden will und in diesem Fall ist dies auf einmal, wie wenn ich ihm die Inquisition an den Hals geschickt hätte oder wenn ich mit Folterwerkzeugen ein Geständnis hätte erpressen wollen. Ich hab mir gedacht, wie kommt man aus diesen Konflikt und aus diesen undurchschaubaren Dickicht von Vorhaltungen und Gegenvorhaltungen raus. Vielleicht kann man das mit einem parlamentarischen Instrument. 14 Tage lang war

ich Klubobmann und hab mir gedacht, probieren wir das. Dann hat der Stefan Koren von der ÖVP gesagt: Nein, das sei dafür nicht geeignet usw. Haben wir es eh fallen gelassen. Aber dass das so eine schwere Sünde war, dass ich im Jahr 1975, also vor 35 Jahren, ernsthaft überlegt habe, ob da ein Untersuchungsausschuss etwas beitragen kann, um diese gegenseitigen Vorwürfe aufzuklären, da habe ich mich immer ein bisschen zu hart angefasst gefühlt.

Rudi Anschober:

Herr Bundespräsident, eine weitere Frage aus dem Internet. Ich zitiere auch diese wörtlich: Werden Sie nach der Wahl dafür eintreten, die Wahlordnung zur Bundespräsidentenwahl derart abzuändern, dass es keinen Ausschluss vom passiven Wahlrecht für Mitglieder ehemals irgendwo auf der Welt regierender Familien gibt?

Bundespräsident Dr Fischer:

Das ist nicht eine Frage der Wahlordnung, sondern das ist eine Frage der österreichischen Verfassung. Und ich habe mich schon mehrmals dafür geäußert, dass man diese Verfassungsdiskussion führen wird und kann das ja völlig unvoreingenommen und redlich tun, weil ich werde mit Sicherheit nicht mehr ein weiteres Mal für des Amt des Bundespräsidenten kandidieren. Also soll man diese Frage prüfen und der Herr Habsburg aus Kärnten hat mir in einem Brief geschrieben, er stellt diese Frage, weil die Republik Österreich müsste doch reif genug sein, bis zum 100sten Geburtstag der österreichischen Verfassung dieses Problem lösen. Nun weiß jeder, dass der 100ste Geburtstag der österreichischen Verfassung im Jahr 2020 liegen wird. Und der 100ste Geburtstag dieser Verfassungsbestimmung für die Habsburger im Jahr 2019. Und das finde ich wirklich billig, das finde ich berechtigt zu sagen, ihr werdet doch in der Lage sein, spätestens bis zum Jahr 2019 dieses Problem zu lösen und wenn man das sachlich und ernsthaft diskutiert und draufkommt, dass da nicht irgendwelche Fallstricke damit verbunden sind, dass da nicht auf einmal Rückgabe von Habsburgervermögen, Schönbrunn und ich weiß nicht was, sondern wenn es wirklich nur um das passive Wahlrecht geht, glaube ich, werden alle Parteien in der Lage sein, einen Konsens zu finden, diese Verfassungsbestimmung neu zu formulieren, die Verfassung in diesem Punkt der republikanischen Wirklichkeit anzupassen und ich werde der Letzte sein, der dagegen irgendwie vor oder hinter den Kulissen dagegen ist.

Eva Glawischnig:

Herr Dr Fischer, uns interessiert Ihre Meinung zum sogenannten Mafia-Paragrafen 278a StGB und jetzt die Auswirkung, dass Tierschützerinnen und Tierschützer monatelang in U-Haft gesessen sind und der Prozess begonnen hat. Wie sehen Sie diesen Mafia-Paragrafen? Das ist auch etwas, was hier im Internet interessiert. Weil er ja viele NGOs und Bürgerinitiativen von ihrer Tätigkeit, nämlich sich als Gemeinwohl einzusetzen, in irgendeiner Weise auch mit Strafrecht bedroht und damit auch in ihrer Existenz bedroht.

Bundespräsident Dr Fischer:

Naja, ich mein dieser Paragraph ist ja nicht vom Himmel gefallen, sondern der ist ja im Parlament diskutiert worden, überlegt worden. Wir haben halt in den letzten 20 Jahren in verschiedenen Bereichen Bestimmungen verschärft. Ich muss sagen, zum Zeitpunkt, wo diese Bestimmung beschlossen wurde, haben bei mir nicht

irgendwelche Alarmglocken geläutet. Ich kann mich da nicht erinnern, dass ich, ich wüsste jetzt auch nicht die Jahreszahl, wann das beschlossen wurde, aber ich kann mich nicht erinnern, dass ich gesagt habe, um Gottes willen, das ist ein Verstoß gegen den Rechtsstaat oder da gefährdet wird die freie Vereinstätigkeit oder so etwas. Aufgestoßen ist es mir, wie ich dann die ersten Briefe bekommen habe, da war ich schon Bundespräsident, über Untersuchungshaft usw. Habe dann auch manchmal vorsichtig, wie es sich gehört, mich erkundigt, ob da nicht die Gefahr besteht, dass gegen irgendwelche Rechtsvorschriften verstoßen wurde und es ist immer darauf hingewiesen, ein unabhängiges Gericht wird letzten Endes darüber entscheiden. Und Einmischung des Bundespräsidenten in Gerichtsverfahren ist halt eine besonders heikle Sache. Nur eines sehe ich jetzt von verschiedenen Seiten her beleuchtet, nämlich die Frage, wie man verstärkt der Gefahr entgegen kann, dass Untersuchungshaft zu lange dauert. Weil da gibt es mehrere Beispiele, wo man diese Frage stellen kann und man muss schließlich sich daran erinnern, dass Freiheitsentzug ein ganz schwerer Eingriff ist in das menschliche Leben. Nun ist die Institution der Untersuchungshaft als solche nicht in Frage zu stellen. Wenn eine Wiederholungsgefahr droht, eine Verabredungsgefahr droht, eine Verdunklungsgefahr droht, das sind ja Gründe, die eine vorübergehende Untersuchungshaft tatsächlich rechtfertigen und das Instrument Untersuchungshaft hat sich sicher in tausenden Fällen bewährt. Aber wir müssen aufpassen, dass zB die Dauer der Untersuchungshaft zu der Schwere des Vergehens in einem vernünftigen Verhältnis stehen und dass sich da die Dinge nicht verschieben. Und ohne mich dem Vorwurf auszusetzen, ich mische mich in verfassungsmäßig nicht korrekter Weise in ein Gerichtsverfahren ein, weil das tue ich nicht, sage ich ganz allgemein, die österreichische Justiz muss vermehrt ihr Augenmerk darauf richten, dass mit der Untersuchungshaft, mit jener Sorgfalt umgegangen wird, die der Schwere des Eingriffs in die Freiheit durch Untersuchungshaft entspricht.

Eva Glawischnig:

Ein weiterer Bereich, der aus dem Internet gekommen ist, aber auch viele betrifft in Österreich, ist nach wie vor die fehlende Gleichstellung von schwulen und lesbischen Paaren in Österreich, auch jetzt nach dem neuen Gesetz der eingetragenen Partnerschaft. Wie stehen Sie zur Öffnung der Ehe und wie stehen Sie vor allem auch zur Frage der Möglichkeit der Adoption, die ist ja jetzt ausgeschlossen für Menschen, die in eingetragener Partnerschaft leben – aus unserer Sicht vollkommen nicht nachvollziehbar. Und die Frage kam ganz konkret: Was werden Sie als Bundespräsident dafür tun, diese Gleichstellung auch letztendlich zu erreichen.

Bundespräsident Dr Fischer

Naja, ich bin schon glücklich, dass es jetzt zu gesetzlichen Maßnahmen gekommen ist, die dem Ziel Diskriminierung abzubauen uns schon stark näher gebracht hat. Ich verfolge ja die Debatte über diese Fragen seit den späten 60er Jahren oder seit den frühen 70er Jahren. Ich habe mich damals schon an der kleinen Strafrechtsreform unter Christian Broda sehr beteiligt. Dann war die große Strafrechtsreform. Es war immer mühsam, da ein Stückchen weiter zu kommen. Ich habe in meiner Rede zur Strafrechtsreform, wo die Fristenlösung behandelt wurde, aber auch die Frage der Diskriminierung von Homosexualität drauf verwiesen, wie absurd das ist, dass zur Zeit der Maria Theresia Homosexualität noch mit dem Tod bestraft wurde in der Constitutio Criminalis Theresiana. Dann ist es zu einer gewissen Entkriminalisierung gekommen bis hin zum Josef II. Dann ist es wieder verschärft worden. Und dann ist

unser Strafrecht beschlossen worden im Jahr 1811 und an dieser Situation ist über 150 Jahre lang festgehalten worden und erst dann haben wir wieder substantielle Veränderungen erreicht. Und der jetzige Schritt, der jetzt in Kraft getreten ist, ist ein großer glaube ich und wird auch von den Betroffenen, soweit ich das beurteilen kann, richtig eingeschätzt. Denn ich war auch an Debatten beteiligt mit manchen, die gesagt haben, der Schritt ist noch nicht groß genug, lehnen wir das lieber ab und machen in drei Jahren eine noch größere Reform als das jetzt zu beschließen und dann quasi den Druck aus dem Problem herauszunehmen. Und da hat sich aber doch die Lösung durchgesetzt, schaffen wir jene Verhältnisse, das eine Vielzahl von Diskriminierungen abgeschafft wird und das ist jetzt auch geglückt und ich glaube, dass letztlich die Frage, wie jene Räume ausgestaltet sein werden, wo diese Verpartnerung stattfindet und ob und wie sich die von den Räumlichkeiten für die standesamtlichen Eheschließung unterzeichnen, ob man die nicht gleichwertig ausstatten kann, das wird sich alles einspielen, nehme ich ein. Und beim Problem der Adoption habe ich schon zweimal geantwortet, nur ich war nicht konsequent genug. Ich habe gesagt, ich verstehe das Argument nicht, warum man die Adoption sowie das auch heute Vormittag der Herr Geryl gemacht hat, so als etwas aus???. Es gibt ja Konstellationen, wo eine Partnerschaft entsteht, wo der eine Partner aus früheren Verbindungen Kinder hat. Dann leben zwei Personen gleichen Geschlechtes mit Kindern und niemand regt sich darüber auf und ich kenne auch keine wissenschaftlichen Studien oder was, die das in Frage stellen. Aber jetzt werde ich mich wirklich einmal mit dieser Adoptionsfrage noch näher beschäftigen, weil nach meinem Gefühl ist das ein Streit mit wenig Substanz.

Rudi Anschober:

Herr Bundespräsident, kommen wir zu einer wichtigen europapolitischen Frage. Wie stehen Sie zur Forderung über Änderungen von EU-Verträgen, nationale Volksabstimmung abzuhalten?

Bundespräsident Dr Fischer:

Also für mich beantwortet sich diese Frage nach den Spielregeln, die zur Verfassung enthalten sind, die ich für sinnvoll halte und auf die ich meinen Eid abgelegt habe. Das lautet: Wenn ein Gesetz oder ein Staatsvertrag geändert wird, hat ein Drittel der Mitglieder des Nationalrats das Recht, eine Volksabstimmung zu erzwingen. Auch hat die Hälfte des Nationalrats das Recht durch Verlangen oder Beschluss die Volksabstimmung zu erzwingen. Punkt 1: Diese Möglichkeit steht offen, kommt die Hälfte nicht zustande, kann keine Volksabstimmung stattfinden. Wenn es sich um ein Verfassungsgesetz handelt oder um einen Staatsvertrag im Verfassungsrang, genügt ein Drittel. Wenn dies ein Drittel der Abgeordneten verlangt, muss die Volksabstimmung stattfinden, wenn dies nicht von einem Drittel verlangt wird, findet sie nicht statt. Ausnahme und dritte Regel: Wenn es sich um eine Gesamtänderung der Bundesverfassung handelt, so wie das beim EU-Beitritt im Jahr 1994 der Fall war, dann muss die Volksabstimmung stattfinden. Das sind unsere Spielregeln, die müssen eingehalten werden. Ich weise darauf hin, dass ich in einer Aussendung im April oder im Frühjahr 1988 der erste österreichische Politiker war, der gesagt hat, also wenn es zu einem österreichischen EU-Beitritt kommen soll, gibt es für mich, Heinz Fischer, Klubobmann damals, zwei unverzichtbare Voraussetzungen:

1. die Neutralität muss beibehalten werden.
2. Es muss eine Volksabstimmung stattfinden.

Diesem Gedanken sind dann viele andere beigetreten, weil es war klar, dass durch den Beitritt Österreichs wir in diese supranationale Zusammenarbeit eingebunden sind und dass dies eine Gesamtänderung der Verfassung ist. Ich persönlich war auch derjenige, denn die Zwentendorf-Volksabstimmung geht auf einen Antrag Dr Heinz Fischer und Kollegen zurück. Ich gebe zu, dass es der Bruno Kreisky war, der mich gedrängt hat in diese Richtung. Er war krank. Er war im Spital, im AKH und hat mich zu sich gerufen und gesagt: „Du, diese Diskussion über Zwentendorf, das wird immer komplizierter, du kennst den Standpunkt vom Toni Benya. Ich glaub, ich bin jetzt zu dem Ergebnis gekommen, wir sollen eine Volksabstimmung machen.“ Sag ich: „Bruno, wie soll das gehen? Das ist ein Verwaltungsakt. Wir können eine Volksabstimmung nur über Gesetze machen. Ich kann nicht einfach sagen, ich tu über ein Donaukraftwerk oder über Zwentendorf eine Volksabstimmung machen.“ Da hat der Kreisky diesen berühmten Satz, über den ich heute noch lache, gesagt: „Wozu hast du Jus studiert. Lass dir was einfallen, wie man eine Volksabstimmung machen kann.“ Und es ist damals ein eigenes Gesetz gemacht worden, und es ist eine Volksabstimmung gemacht worden und sehr akribische Juristen sagen, in der Volksabstimmung ist nichts anderes passiert, als dass das Gesetz zu Fall gebracht wurde und damit wieder die Rechtslage so wie vorher war. Aber natürlich war die politische, das politische Resultat dieser Volksabstimmung völlig klar. Also ich sage noch einmal, ich bin dafür, dass wir die Bestimmungen unserer Bundesverfassung einhalten und dass der Lissabon-Vertrag keine Gesamtänderung der Bundesverfassung war, obwohl eine bestimmte Tageszeitung und alle, die sich von dieser Tageszeitung und ihrer Meinung beeinflussen lassen, und sogar über Wunsch dieser Tageszeitung über Nacht eidesstattliche Erklärungen abgeben. Ich stehe auf völlig festen Boden, wenn ich sage, der Lissabon-Vertrag war keine Gesamtänderung der Bundesverfassung, ist auch Meinung der beiden ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, des Prof Mayer und des Prof Öhlinger, des Verfassungsdienstes des Bundeskanzlers, des Legislativdienstes und auch meine persönliche Meinung. Und daher habe ich mich daran gehalten und habe den Lissabon-Vertrag unterschrieben ohne Volksabstimmung, die ich in diesem Fall hätte gar nicht anordnen können. Wenn weder eine Gesamtänderung der Bundesverfassung vorliegt noch ein Verlangen von einem Drittel der Mitglieder, dann kann ich die Volksabstimmung nicht anordnen und die Anordnung einer Volksabstimmung setzt ja außerdem einen Antrag der Bundesregierung voraus. Also, da wird wirklich argumentiert in einer Art und Weise, die mit einer korrekten Handhabung der Verfassung nichts zu tun hat. Und das ist meine Stellungnahme zum Thema Volksabstimmung.

Maria Vassilakou:

Herr Bundespräsident, wenn wir auf die Universitäten zu sprechen kommen, die Studentenproteste aus den vergangenen Monaten, die haben ja glaube ich alle in Erinnerung, die Lage ist weiterhin angespannt. Schätzen wir es so ein, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass Studiengebühren wieder eingeführt werden würden. Aber was schon Wirklichkeit ist, sind die Beschränkungen, die Zulassungsbeschränkungen und die Wissenschaftsministerin hat sich dafür ausgesprochen, diese auch massiv auszuweiten. Ich möchte Sie fragen, wie Sie dieser Entwicklung gegenüberstehen und wie es sich Ihrer Meinung nach verhindern lässt, dass das Prinzip der sozialen Selektion wieder auf den Unis vorherrscht.

Bundespräsident Dr Fischer:

Also ich muss mich jetzt wirklich ein bissl erinnern ans kürzere Antworten und dass tu ich in diesem Zusammenhang, weil das ein wirklich sehr komplexes System ist. Natürlich ist mein Leitmotiv, den jungen Österreicherinnen und Österreichern den Zugang zu Bildungseinheiten und Bildungsinstitutionen in primären, sekundären und tertiären Sektor möglichst offen zu halten. Das habe ich auch als Wissenschaftsminister vertreten und man kann von mir nicht verlangen, dass ich deshalb für einmal nur auf den Kopf steh. Ich sehe natürlich auf der anderen Seite die Schwierigkeiten, die es gibt und die Tatsache, dass in manchen Studienrichtungen eben wirklich ein enormer starker Zustrom ist. Ich hab an der Universität Innsbruck ein ausführliches Gespräch mit protestierenden Studenten geführt vor ein paar Monaten und einige Zeit später an der Universität Graz auch und ich habe jetzt in der Wahlwerbung für drei Wochen ein Gespräch mit Studierenden in einem großen Studentenheim geführt. Also mir sind die Probleme sehr geläufig, aber an einer Lösung muss man arbeiten. Es liegt noch keine am Tisch, zu der wir uns alle bekennen können, denn – ich sag noch einmal – die offene Universität, eine höhere Akademikerquote sind Ziele und sind Notwendigkeiten und gleichzeitig sind die Studierbedingungen manchmal wirklich sehr schlecht, sodass man eingreifen muss und nicht zuschauen kann. Und hier den optimalen Zugang im Detail zu finden, hier auch Gesprächsbereite mit den Rektoren, mit den Studentenvertretern zu sein und den Finanzminister die Dringlichkeit dieses Problems nahezubringen, dass ist glaube ich die Aufgabe der neuen Ministerin.

Maria Vassilakou:

Eine letzte Frage noch meinerseits: Es hat ja auch für das Publikum die Möglichkeit gegeben, Fragen auf Kärtchen zu schreiben. Heute und an dieser Stelle sei angemerkt, dass die meisten dieser Fragen sich deckten mit den Fragen aus dem Internet, sodass sie auch teilweise mit beantwortet worden sind bisher. Es gibt aber eine, sie ist etwas speziell. Sie lautet: Kinder mit intellektueller Behinderung dürfen nur neun Jahre in die Schule gehen, obwohl Förderung hier besonders wichtig wäre. Das steht entgegen der von Österreich ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Wie stehen Sie zu diesen Menschenrechtsverletzungen?

Bundespräsident Dr Fischer:

Also, bin ich stolz drauf, dass ich glaube, zu jeder Frage irgendwie Stellung nehmen konnte. Aber da bin ich jetzt überfordert, weil ich zum Beispiel nicht gewusst habe, dass es eine solche Beschränkung gibt. Wenn Sie mir dieses Zettel geben, werde ich mich ein bisschen kundig machen. Sie dürfen nur neun Jahre in die Schule gehen? Also das ist mir neu. Haben Sie das gewusst?

Eva Glawischnig:

Ich weiß es, dass es diese Diskriminierung gibt, aber dass muss man sich genau anschauen.

Bundespräsident Dr Fischer:

Haben Sie das gewusst? Sascha, hast du das gewusst. Dann bin ich beruhigt.

Maria Vassilakou:

Also ich kann Ihnen sagen, als Kommunalpolitikerin weiß man das, weil es ja im Rahmen des Behindertenschutzes ist.

Bundespräsident Dr Fischer:

Was Alexander Van der Bellen nicht weiß, ist es nicht Wert, gewusst zu werden.

Eva Glawischnig:

Okay, Sie haben es gleich geschafft. Wir sind jetzt in Rapid-Viertelstunde schon fast am Ende zum Schluss. Ich möchte gerne noch abschließen mit einem besonderen Thema, das mich persönlich bewegt, wo die Grünen aber allerdings sehr stolz sind. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir in allen Bereichen eine Gleichstellung, eine Gleichberechtigung über Quote auch für Frauen in der Partei haben. In der Politik noch lange nicht verwirklicht, auch nicht in der Wirtschaft und auch nicht in den administrativen Bereichen der Verwaltung. Was uns jetzt interessiert, ist: Wie sehen Sie das in Ihrem eigenen Bereich? Wir haben uns das ein bisschen angesehen. In der Präsidentschaftskanzlei, diejenigen die sehr gut ausgebildet sind, nämlich die Akademikerinnen, stellen nur fast 20 % Frauen in Ihrem Ressort. Wollen Sie das vielleicht ändern?

Ich frag mich nicht deswegen. Wir reden seit 20/25 Jahren alle gemeinsam über Frauengleichstellung. Alle sind für die Maßnahmen, die wirken usw. Und es geht nichts weiter. Und es muss einen Grund haben. Deswegen ganz konkret in Ihrem Arbeitsbereich, wird sich das ändern?

Bundespräsident Dr Fischer:

Also ich bin jetzt mit drei Mitarbeitern hier, zwei davon sind Frauen, einer ist ein Mann. Das ist einmal eine Momentaufnahme. Natürlich ist es bei der Präsidentschaftskanzlei so, dass ich einmal den Staff übernommen habe, wie er vorher vorhanden war und Mitarbeiter aus dem Parlament zusätzlich dazu gebracht habe, weil ein paar in Pension gegangen sind. Da war schon eine hohe Frauenquote dabei und ich glaube, sagen zu können, dass die Wahrscheinlichkeit sehr groß ist, dass der Anteil der Frauen zunimmt, einfach weil es auch vom Angebot her ist. Wenn man tüchtigere Mitarbeiterinnen sucht, jüngere, so stellt sich heraus, dass die tüchtigen Frauen-Mitarbeiterinnen genauso zahlreich sind wie die tüchtigen Männer-Mitarbeiter und es wird sich auch in der Zusammensetzung der Präsidentschaftskanzlei niederschlagen.

Eva Glawischnig:

Okay, werden wir uns anschauen. Sie haben auch angekündigt, und dies ist die letzte Frage, dass wir in Ihrer nächsten Amtsperiode mit Humor versorgt werden. Also dass die Lustigkeit auf die nächste Amtsperiode verschoben wird und uns hätte sehr interessiert, was wir uns jetzt da irgendwie vorstellen können. Vielleicht können Sie uns noch eine Kostprobe geben von der Lustigkeit.

Bundespräsident Dr Fischer:

Also, meine Kostproben hebe ich lieber auf bis die Wahl gewonnen ist, aber wir haben in den letzten Wochen viel Spaß gehabt und wir sind vergnügt unterwegs und wir sind alle gut drauf momentan.

Eva Glawischnig:

Okay, wir werden sehen, was wir dann zu erwarten haben. Ich habe das zum Abschluss gestellt, weil wir uns sehr ernst und sehr kritisch auch mit Ihren Positionen auseinandergesetzt haben. Wir haben sehr viel hereingetragen von Draußen, also von der Bevölkerung, aus dem Internet, von Menschen, die einfach Interesse haben, weil sie einen grünen Hintergrund haben, bestimmte Fragen sehr präzise beantwortet zu bekommen. Das haben Sie gemacht. Ganz herzlichen Dank dafür. Und wir wünschen Ihnen weiterhin viel Spaß und viel Humor im Wahlkampf. Alles Gute Herr Doktor.